

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

33. Sitzung (n e u)

am Mittwoch, dem 4. Dezember 2002, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Rolf Fischer (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Uwe Greve (CDU)

i. V. für Joachim Wagner

Jost de Jager (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mitteilungen	5
2. Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes	6
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1839	
3. Umweltbildung in Schleswig-Holstein	8
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 15/472	
4. Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen an Beruflichen Schulen	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1798	
5. Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben	10
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2137	
6. Entzerrung der bundesweiten Sommerferientermine	12
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2240	

7. Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik	13
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2223	
8. Terminplanung für das erste Halbjahr 2003	15
9. Verschiedenes	16

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mitteilungen

Der Ausschuss beschließt, mehrere gleich lautende Schreiben von Eltern betr. Forderungen zur Stärkung von Schule und Bildung an die Fraktionen zur Beratung und Beantwortung weiterzuleiten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein und zur Änderung des Hochschulgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/1839

(überwiesen am 16. Mai 2002 an den **Bildungsausschuss** und den Sozialausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/2179, 15/2268, 15/2292, 15/2344, 15/2378, 15/2385, 15/2400, 15/2401, 15/2403, 15/2415, 15/2421, 15/2425, 15/2426, 15/2428 bis 15/2438, 15/2440, 15/2442, 15/2455, 15/2457 bis 15/2459, 15/2462 bis 15/2465, 15/2681, 15/2778, 15/2804, 15/2814

Die Fraktionen bringen ihre Änderungsanträge zum Gesetzentwurf ein, Umdrucke 15/2778, 15/2804 und 15/2814. Sie sind sich einig, dem Petitum der Anhörung sowie der Empfehlung des Sozialausschusses zu entsprechen und den Vorstand des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein um den Vorstand für Krankenpflege und Patientenservice zu erweitern.

Abg. de Jager erklärt, die CDU-Fraktion werde dem Gesetzentwurf zum jetzigen Zeitpunkt nicht zustimmen, weil man die Empfehlungen der Kommission zu strukturellen Veränderungen der schleswig-holsteinischen Hochschullandschaft abwarten wolle sowie die Regierung den Nachweis schuldig geblieben sei, dass allein die Fusion eine Begrenzung des Defizits bewirken könne, und dem Gesetzgeber eine Entscheidung über den Verwaltungssitz des zukünftigen Universitätsklinikums Schleswig-Holstein vorenthalte.

Abg. Weber lehnt den CDU-Antrag, die Dekaninnen und Dekane der beiden Fachbereiche Medizin in den Vorstand aufzunehmen, mit der Begründung ab, dass eine solche Erweiterung des Vorstandes um zwei „Standortvertreter“ den Fusionsprozess kontakrieren könnte.

Abg. de Jager hingegen hält es vor dem Hintergrund der Entscheidung der Landesregierung, zwei selbstständige Medizinische Fakultäten aufrechtzuerhalten, für folgerichtig und notwendig, die beiden Dekane in den Vorstand aufzunehmen.

Abg. Dr. Klug unterstützt die Forderung, beide Dekane in den Vorstand aufzunehmen, um ein gedeihliches Entstehen des Universitätsklinikums zu ermöglichen. Außerdem plädiert er da-

für, die Änderung des Hochschulgesetzes bis zur Vorlage der Empfehlungen der Erichsen-Kommission im Frühjahr 2003 zu verschieben.

M Erdsiek-Rave äußert, sie vermisse Aussagen der Opposition zur grundsätzlichen Zielsetzung der Fusion (Arbeitsteilung, Schwerpunktbildung), die unausweichlich sei, deren Inkrafttreten angesichts der finanziellen Risiken nicht hinausgeschoben werden dürfe und an die die Erichsen-Kommission mit ihren Empfehlungen anknüpfe. Eine Aufnahme beider Dekane in den Vorstand würde dem Ziel des Zusammenwachsens entgegenstehen.

Abg. Spoorendonk begrüßt die Erweiterung des Vorstandes um den Direktor für Krankenpflege und Patientenservice, lehnt die von der CDU beantragte Aufnahme der Dekane in den Vorstand ab und plädiert dafür, den Gesetzentwurf wie vorgesehen jetzt zu verabschieden.

Auch Abg. Birk spricht sich - nicht zuletzt mit Blick auf die Ergebnisse des dem Landtag von der Landesregierung zugeleiteten Berichts über den Jahresabschluss der Klinika - dafür aus, den Fusionsprozess möglichst rasch in Gang zu setzen.

In alternativer Abstimmung erhalten die Anträge der Koalitionsfraktionen, Umdrucke 15/2778 und 15/2814, gegenüber dem CDU-Änderungsantrag, Umdruck 15/2804, die Mehrheit. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen wird der Gesetzentwurf mit den beschlossenen Änderungen angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Umweltbildung in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/472

(überwiesen am 15. November 2000 an den **Umweltausschuss** und den Bildungsausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/620, 15/677, 15/679, 15/681, 15/682, 15/684, 15/790,
15/831, 15/833, 15/867, 15/880, 15/900, 15/901-15/905,
15/906, 15/916, 15/930 bis 15/932, 15/936 bis 15/940,
15/943 bis 15/946, 15/951, 15/954 bis 15/974, 15/976,
15/977, 15/982, 15/2636

Der Ausschuss nimmt die Antwort auf die Große Anfrage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen an Beruflichen Schulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1798

(überwiesen am 16. Mai 2002)

Nach der Ankündigung von Abg. Weber, dass die Koalitionsfraktionen zu diesem Komplex Haushaltsanträge einbringen würden, stellt der Ausschuss die Beschlussfassung über den CDU-Antrag noch einmal zurück.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Entlastung der Lehrerkollegien und der Schulleitungen im Bereich
außerunterrichtlicher Aufgaben**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2137

(überwiesen am 11. Oktober 2002)

Auf Fragen von Abg. Birk teilt M Erdsiek-Rave mit, Mentoren erhielten für die Betreuung eines Referendars eine Wochenstunde Unterrichtsentslastung. Die vier Schulen, die die Vorschläge der Kommission Lehrerarbeitszeit gegenwärtig erprobten, legten ihre Ergebnisse zum Ende des laufenden Schuljahres vor. Änderungen bei der Arbeitszeit und Präsenzpflcht der Lehrkräfte in der Schule sollten nur im Dialog mit den Verbänden und Gewerkschaften bundeseinheitlich vorgenommen werden.

Abg. Eisenberg erkundigt sich nach Ergebnissen des Prozesses Aufgabenanalyse und vor allem Aufgabenkritik sowie Realisierungschancen, Lehrkräfte durch den Einsatz von Schulasistenten von außerunterrichtlichen Tätigkeiten weitgehend freizuhalten.

M Erdsiek-Rave weist darauf hin, dass die Einstellung von Schulasistenten, die in Finnland vom Schulträger bezahlt würden, in erster Linie eine Frage der Finanzierung sei.

Herr Kaempfe informiert, dass der Prozess der Aufgabenanalyse und -kritik im Frühsommer 2003 abgeschlossen sein werde und sich erhebliche Entlastungen durch die Zusammenarbeit von Lehrkräften bei der Vorbereitung von Unterricht, Arbeiten und Prüfungen erzielen ließen.

Abg. Dr. Klug äußert, er vermisse eine Quantifizierung der Arbeitsbelastung, die Lehrkräfte zusätzlich zu ihren eigentlichen Aufgaben durch die in jüngster Zeit eingeleiteten Maßnahmen wie Personalentwicklungsgespräche, Evaluierung der Schulprogramme, Schul-TÜV, Lernberichte und anderes zu tragen hätten.

M Erdsiek-Rave erwidert, die mit Reformen und Innovationen verbundenen Mehrbelastungen versuche man durch Entlastung an anderer Stelle auszugleichen, zum Beispiel die Einführung und Fortschreibung von Lernplänen durch den Verzicht auf Halbjahreszeugnisse in den Klassenstufen 3 und 5. Im Hinblick auf Entlastungseffekte sei die Kooperation der Lehrkräfte un-

tereinander von entscheidender Bedeutung (zum Beispiel gleiche Arbeiten in den Parallelklassen).

Fragen der Abg. Spoorendonk und Eisenberg beantwortet die Ministerin dahin, gerade in den Bereichen Schulentwicklung und Schulorganisation setze man auf die Fortbildung von und durch Multiplikatoren. Neben objektiven Mehrbelastungen sei die gefühlte Belastung der Lehrkräfte entscheidend, die wesentlich durch das Verhalten der Schülerinnen und Schüler sowie den Umgang innerhalb des Kollegiums und das Verhältnis zum Schulleiter geprägt werde.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag, den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entzerrung der bundesweiten Sommerferientermine

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2240

(überwiesen am 13. November 2002 an den **Bildungsausschuss** und den Agrarausschuss)

M Erdsiek-Rave äußert sich pessimistisch, an den bis zum Schuljahr 2007/8 festgelegten Sommerferienterminen etwas ändern zu können.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Ausschuss einstimmig - vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Agrarausschusses -, den Antrag mit der Maßgabe anzunehmen, im ersten Satz die Wörter „in der Kultusministerkonferenz“ zu streichen und im zweiten Satz die Wörter „spätestens ab 2005“ durch die Formulierung „zum frühestmöglichen Zeitpunkt, spätestens 2007,“ zu ersetzen. Der Ausschuss appelliert an die Fraktionen, die Ministerpräsidentin und verschiedene Fachminister - neben den Kultusministern an vorderster Stelle an die Minister für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr -, sich auf Bundesebene für eine Entzerrung der Sommerferientermine einzusetzen und nach Möglichkeit den vom Beirat für Tourismus vorgeschlagenen Zeitraum von 90 Tagen für die Sommerferien zu nutzen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/2223 (neu)

(überwiesen am 14. November 2002 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen von Abg. Schwarz erwidert M Erdsiek-Rave, für Wiedereinsteiger sei es finanziell wenig attraktiv, aus Gründen der Sicherung der pädagogischen Qualität zunächst ein Referendariat durchlaufen zu müssen. Die Kapazitätsverordnung sei in Bezug auf die Berücksichtigung von Referendaren in Mangelfächern geändert worden. Die Vorstellungen der Musikhochschule Lübeck als attraktive Alternative zum Quereinsteigerprogramm bedürften noch der Überarbeitung.

Die Anregung von Abg. Spoorendonk, zu Kooperationsmöglichkeiten zwischen Schule, Musikschule und vergleichbaren außerschulischen Einrichtungen eine Anhörung durchzuführen, greift der Ausschuss nicht auf.

Abg. Birk spricht sich dafür aus, die Anfängerkapazitäten im Studiengang Musik an der Universität Flensburg zu steigern, die Fort- und Weiterbildung auszubauen und so möglicherweise die hohe Hürde des Referendariats zu umgehen sowie die Kooperationsmöglichkeiten mit an den Musikschulen Lehrenden auszuschöpfen.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass sich die Ausbildungskapazitäten in Flensburg nach dem Schließen der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät in Kiel erhöhen würden und bereits jetzt fast jede Musikschule in eine Kooperation mit einer allgemeinbildenden Schule eingebunden sei.

Abg. Dr. Klug regt an, die Lehrkapazitäten im Studiengang Musik zulasten des Realschullehramts und zugunsten des Lehramts an Grund- und Hauptschulen zu verschieben und die Möglichkeit zu prüfen, wie in Nordrhein-Westfalen und Bayern im Fach Musik wieder den Ein-Fach-Lehrer zuzulassen. Schließlich möchte er wissen, inwieweit sich der Rückgang der Zahl der Lehrkräfte mit dem Neigungsfach Musik in den letzten Jahren auf das Unterrichtsangebot im Fach Musik an den schleswig-holsteinischen Schulen ausgewirkt habe.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Terminplanung für das erste Halbjahr 2003

Der Ausschuss legt folgende Sitzungstermine für das erste Halbjahr 2003 fest - jeweils donnerstags, 14:00 Uhr -:

9. Januar,

13. Februar,

27. März,

10. April,

22. Mai,

26. Juni.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Dr. Klug kritisiert, dass die Landesregierung still und heimlich über einen in der Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2003 enthaltenen neuen Haushaltsvermerk einen Großteil der **Schulkindergärten** schließen wolle.

M Erdsiek-Rave erwidert unter Hinweis auf die entsprechende Pressemitteilung vom 4. Dezember 2002, das Bildungsministerium rechne damit, dass ein Drittel der derzeit in den Schulkindergärten vorhandenen Stellen - 22 Lehrerstellen - vor dem Hintergrund der Flexibilisierung der Schuleingangsphase und der Tatsache, dass 102 Schulkindergärten „ruhten“, in diesem Bereich nicht mehr gebraucht werde.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer